

# Europäischer Tarifbericht des WSI – 2014/2015

Nachdem die letzten Jahre in vielen europäischen Ländern durch stagnierende oder rückläufige (Real-)Löhne gekennzeichnet waren, lässt sich für 2014 und 2015 erstmal wieder eine etwas positivere Lohndynamik beobachten. Dies liegt jedoch weniger an einer besonders expansiven Lohnpolitik als vielmehr an sehr niedrigen Inflationsraten, die in vielen Ländern stärkere Reallohnzuwächse ermöglicht haben. Insgesamt jedoch bleibt die Lohnentwicklung in den meisten Ländern zu schwach, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage voranzutreiben und ein wirksames Gegengewicht zu den anhaltenden Deflationsgefahren zu bilden. Umso wichtiger ist es für die ökonomische Entwicklung in Europa, dass zumindest Deutschland in den letzten Jahren eine deutlich expansivere Lohndynamik aufweist.

THORSTEN SCHULTEN

## 1. Ökonomische Rahmenbedingungen der Tarifpolitik

### 1.1 Allgemeine Wirtschaftsentwicklung

Im Jahr 2014 haben sich in den meisten europäischen Ländern die ökonomischen Rahmenbedingungen für die Tarifauseinandersetzungen nach Jahren der Krise und Stagnation wieder etwas verbessert (vgl. Europäische Kommission 2015; Horn et al. 2015; OFCE et al. 2014). Im EU-Durchschnitt nahm das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2014 um 1,4 % zu, nachdem das EU-weite Wirtschaftswachstum in den beiden Vorjahren stagnierte (2013) bzw. um 0,5 % zurückging (2012) (Tabelle 1). Für 2015 erwartet die Europäische Kommission einen weiteren Zuwachs des BIP um 1,8 %, was angesichts der aktuellen politischen Auseinandersetzungen um Griechenland und die Zukunft der Eurozone jedoch mit einigen Risiken und Unsicherheiten verbunden sein dürfte.<sup>1</sup>

Zwischen den einzelnen EU-Staaten bestehen im Hinblick auf den Konjunkturverlauf nach wie vor erhebliche Unterschiede. Relativ hohe Wachstumsraten konnten 2014 die meisten osteuropäischen Länder verzeichnen, in denen das BIP zwischen 2 und 3,6 % anstieg. In einem ähnlichen Rahmen bewegten sich die Zuwachsraten in Schweden (2,1 %), Großbritannien (+2,8 %), Luxemburg (+3,1 %) und

Malta (+3,5 %). Den größten Wirtschaftsaufschwung im Jahr 2014 erlebte Irland, dessen BIP sich nach einer längeren Stagnations- und Krisenphase um 4,8 % erhöhte.

Demgegenüber blieb das Wirtschaftswachstum in den meisten west- und südeuropäischen Ländern mit Werten zwischen 0,4 % in Frankreich und 1,6 % in Deutschland eher verhalten. Allerdings konnten einige südeuropäische Länder wie Griechenland, Portugal und Spanien erstmals seit mehreren Jahren überhaupt wieder positive Wachstumsraten verzeichnen, nachdem ihre Wirtschaftsleistung in den Vorjahren stark zurückgegangen war. Schließlich befanden sich vier europäische Länder auch 2014 noch in einer Rezession, mit einer rückläufigen BIP-Entwicklung. Hierzu gehörten Finnland (-0,1 %), Italien (-0,4 %), Kroatien (-0,4 %) und als Schlusslicht Zypern (-2,3 %). Für 2015 erwartet die Europäische Kommission, dass alle europäischen Länder auf einen positiven Wachstumspfad zurückkehren (Tabelle 1). ▶

1 Im Folgenden wird, falls nicht anders ausgewiesen, auf Daten der Annual Macro-Economic Database (AMECO) zurückgegriffen, die von der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen (GD ECFIN) der Europäischen Kommission bereitgestellt wird ([http://ec.europa.eu/economy\\_finance/db\\_indicators/ameco/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/ameco/index_en.htm)). Bei den Angaben für 2015 handelt es sich um Prognosedaten der Europäischen Kommission, die im Mai 2015 veröffentlicht wurden (vgl. Europäische Kommission 2015).

TABELLE 1

## Wachstum und Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union, 2012–2015

Angaben in Prozent

	Bruttoinlandsprodukt <sup>1</sup>				Arbeitslosenquote <sup>2</sup>			
	2012	2013	2014	2015 <sup>3</sup>	2012	2013	2014	2015 <sup>3</sup>
<b>Nordeuropa</b>								
Dänemark	-0,7	-0,5	1,1	1,8	7,5	7,0	6,6	6,2
Finnland	-1,4	-1,3	-0,1	0,3	7,7	8,2	8,7	9,1
Schweden	-0,3	1,3	2,1	2,5	8,0	8,0	7,9	7,7
<b>Westeuropa</b>								
Belgien	0,1	0,3	1,0	1,1	7,6	8,4	8,5	8,4
Deutschland	0,4	0,1	1,6	1,9	5,4	5,2	5,0	4,6
Frankreich	0,3	0,3	0,4	1,1	9,8	10,3	10,3	10,3
Großbritannien	0,7	1,7	2,8	2,6	7,9	7,6	6,1	5,4
Irland	-0,3	0,2	4,8	3,6	14,7	13,1	11,3	9,6
Luxemburg	-0,2	2,0	3,1	3,4	5,1	5,9	5,9	5,7
Niederlande	-1,6	-0,7	0,9	1,6	5,8	7,3	7,4	7,1
Österreich	0,9	0,2	0,3	0,8	4,9	5,4	5,6	5,8
<b>Südeuropa</b>								
Griechenland	-6,6	-3,9	0,8	0,5	24,5	27,5	26,5	25,6
Italien	-2,8	-1,7	-0,4	0,6	10,7	12,1	12,7	12,4
Malta	2,5	2,7	3,5	3,6	6,3	6,4	5,9	5,9
Portugal	-4,0	-1,6	0,9	1,6	15,8	16,4	14,1	13,4
Spanien	-2,1	-1,2	1,4	2,8	24,8	26,1	24,5	22,4
Zypern	-2,4	-5,4	-2,3	-0,5	11,9	15,9	16,1	16,2
<b>Osteuropa</b>								
Bulgarien	0,5	1,1	1,7	1,0	12,3	13,0	11,4	10,4
Estland	4,7	1,6	2,1	2,3	10,0	8,6	7,4	6,2
Kroatien	-2,2	-0,9	-0,4	0,3	16,0	17,3	17,3	17,0
Lettland	4,8	4,2	2,4	2,3	15,0	11,9	10,8	10,4
Litauen	3,8	3,3	2,9	2,8	13,4	11,8	10,7	9,9
Polen	1,8	1,7	3,4	3,3	10,1	10,3	9,0	8,4
Rumänien	0,6	3,4	2,8	2,8	6,8	7,1	6,8	6,6
Slowakei	1,6	1,4	2,4	3,0	14,0	14,2	13,2	12,1
Slowenien	-2,6	-1,0	2,6	2,3	8,9	10,1	9,7	9,4
Ungarn	-1,5	1,5	3,6	2,8	11,0	10,2	7,7	6,8
Tschechien	-0,8	-0,7	2,0	2,5	7,0	7,0	6,1	5,6
<b>Gesamte EU 28</b>	<b>-0,5</b>	<b>0,0</b>	<b>1,4</b>	<b>1,8</b>	<b>10,5</b>	<b>10,9</b>	<b>10,2</b>	<b>9,6</b>

1 Bruttoinlandsprodukt = Veränderung des BIP in % gegenüber dem Vorjahr.

2 Arbeitslosenquote = Anzahl der Arbeitslosen in % der zivilen Erwerbsbevölkerung (Eurostat-Definition).

3 Angaben für 2015: Prognose der Europäischen Kommission.

Quelle: AMECO Datenbank, Version: 5.5.2013.

WSI Mitteilungen

## 1.2 Die Lage auf dem Arbeitsmarkt

Neben der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung bildet die Lage auf dem Arbeitsmarkt einen weiteren zentralen Faktor für die Tarifauseinandersetzungen, der sich direkt auf die Verhandlungs- und Durchsetzungsmacht der Tarifvertragsparteien auswirkt. In vielen europäischen Ländern wird die Position der Gewerkschaften nach wie vor durch eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit geschwächt. Im Jah-

resdurchschnitt 2014 waren EU-weit mehr als 24,8 Mio. Menschen offiziell arbeitslos, was einer Arbeitslosenquote von 10,2 % entspricht (Tabelle 1). Gegenüber dem Vorjahr kam es demnach zu einem leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit um 0,7 Prozentpunkte. Für 2015 wird angesichts der verbesserten Konjunkturlage ein weiterer Rückgang auf 9,6 % erwartet, was in absoluten Zahlen jedoch immer noch etwa 23,5 Mio. Arbeitslosen entsprechen würde.

Entsprechend der unterschiedlichen ökonomischen Entwicklung der letzten Jahre bestehen auch bei dem Ausmaß der Arbeitslosigkeit zwischen den einzelnen EU-Staaten sehr große Unterschiede. Die höchsten Arbeitslosenquoten existierten 2014 in Griechenland und Spanien, wo nach wie vor etwa ein Viertel aller Beschäftigten erwerbslos war. Weitere zehn EU-Staaten wiesen Arbeitslosenquoten von 10 % und mehr auf. Hierzu gehörten in Westeuropa Frankreich und Irland, die südeuropäischen Länder Italien, Portugal und Zypern sowie zahlreiche osteuropäische Staaten. Auf der anderen Seite gab es vier Länder mit Arbeitslosenquoten von unter 6 %, darunter Deutschland mit 5,0 %, Österreich mit 5,6 % sowie Luxemburg und Malta mit 5,9 %. Hinzu kommen Großbritannien und Tschechien mit 6,1 %. In den übrigen Ländern bewegt sich die Arbeitslosenquote zwischen 6,5 % und 10 %. Obwohl im Jahr 2015 die Arbeitslosigkeit nach Prognosen der Europäischen Kommission in fast allen EU-Ländern zurückgehen wird, so verharrt die Arbeitslosenquote jedoch vor allem in Südeuropa auf einem extrem hohen Niveau.

## 1.3 Preis- und Produktivitätsentwicklung

Neben der Konjunktorentwicklung und der Lage auf dem Arbeitsmarkt ist die Entwicklung der Preise und der Arbeitsproduktivität ein wichtiger Orientierungspunkt für die Tarifauseinandersetzungen in Europa (Tabelle 2). Die Summe beider Indikatoren bildet den *lohnpolitischen Verteilungsspielraum*, dessen Ausschöpfung durch entsprechende Lohnerhöhungen den Beschäftigten eine gleichgewichtige Partizipation an der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung garantiert und das Verhältnis zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen konstant hält. Bei der Definition des lohnpolitischen Verteilungsspielraumes als Summe aus Preis- und Produktivitätsentwicklung ist in der Wirtschaftswissenschaft strittig, welche konkreten Indikatoren insbesondere für die Preisentwicklung verwendet werden sollen. Gegenüber möglichen alternativen Indikatoren (wie z. B. der Kerninflationsrate, der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank (EZB) oder der Entwicklung der Erzeugerpreise) wird im Folgenden bei der Bestimmung der nationalen Verteilungsspielräume die jeweils nationale Entwicklung der Verbraucherpreise zugrunde gelegt, wobei für den internationalen Vergleich der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) als Grundlage verwendet wird. Aus Arbeitnehmersicht stellen die Verbraucherpreise den wichtigsten ökonomischen Indikator dar, weil sie über das reale Lohnniveau und die damit verbundene

TABELLE 2

## Preise, Arbeitsproduktivität und Verteilungsspielraum in der Europäischen Union, 2012–2015

Angaben in Prozent

	Preise <sup>1</sup>				Arbeitsproduktivität <sup>2</sup>				Verteilungsspielraum <sup>3</sup>			
	2012	2013	2014	2015 <sup>4</sup>	2012	2013	2014	2015 <sup>4</sup>	2012	2013	2014	2015 <sup>4</sup>
<b>Nordeuropa</b>												
Dänemark	2,4	0,5	0,3	0,6	-0,4	-0,5	0,4	1,0	2,0	0,0	0,8	1,7
Finnland	3,2	2,2	1,2	0,2	-2,3	0,2	0,2	0,2	0,9	2,4	1,4	0,4
Schweden	0,9	0,4	0,2	0,7	-1,0	0,3	0,7	1,3	-0,1	0,7	0,9	2,0
<b>Westeuropa</b>												
Belgien	2,6	1,2	0,5	0,3	-0,2	0,5	0,7	0,6	2,4	1,7	1,2	1,0
Deutschland	2,1	1,6	0,8	0,3	-0,7	-0,5	0,7	1,1	1,4	1,1	1,5	1,4
Frankreich	2,2	1,0	0,6	0,0	0,5	0,5	0,1	0,6	2,7	1,5	0,7	0,7
Großbritannien	2,8	2,6	1,5	0,4	-0,4	0,5	0,5	1,3	2,4	3,0	2,0	1,7
Irland	1,9	0,5	0,3	0,4	0,3	-2,1	3,0	2,0	2,2	-1,6	3,3	2,4
Luxemburg	2,9	1,7	0,7	0,8	-2,5	0,0	0,7	0,9	0,4	1,7	1,4	1,7
Niederlande	2,8	2,6	0,3	0,2	-1,0	0,7	1,1	0,7	1,8	3,2	1,4	0,9
Österreich	2,6	2,1	1,5	0,8	-0,4	-0,5	-0,5	0,2	2,1	1,6	0,9	1,0
<b>Südeuropa</b>												
Griechenland	1,0	-0,9	-1,4	-1,5	1,4	-0,1	0,0	0,0	2,4	-0,9	-1,4	-1,5
Italien	3,3	1,3	0,2	0,2	-1,4	0,2	-0,6	0,0	1,9	1,5	-0,4	0,2
Malta	3,2	1,0	0,8	1,3	0,2	-1,4	-0,6	1,1	3,5	-0,4	0,2	2,5
Portugal	2,8	0,4	-0,2	0,2	0,1	1,3	-0,5	1,0	2,8	1,7	-0,7	1,2
Spanien	2,4	1,5	-0,2	-0,6	2,4	2,1	0,2	0,1	4,9	3,6	0,0	-0,5
Zypern	3,1	0,4	-0,3	-0,8	1,8	-0,1	-0,4	-0,1	4,9	0,3	-0,6	-0,8
<b>Osteuropa</b>												
Bulgarien	2,4	0,4	-1,6	-0,5	3,1	1,5	1,3	0,8	5,5	1,9	-0,3	0,3
Estland	4,2	3,2	0,5	0,2	3,0	0,4	1,3	1,6	7,2	3,6	1,8	1,8
Kroatien	3,4	2,3	0,2	0,1	1,5	1,7	-3,0	0,3	4,8	4,1	-2,8	0,5
Lettland	2,3	0,0	0,7	0,7	3,3	1,9	3,8	2,0	5,6	1,9	4,5	2,7
Litauen	3,2	1,2	0,2	-0,4	2,0	1,9	0,9	1,6	5,2	3,1	1,1	1,2
Polen	3,7	0,8	0,1	-0,4	1,6	1,8	1,7	2,5	5,3	2,6	1,8	2,1
Rumänien	3,4	3,2	1,4	0,2	5,7	4,0	1,7	1,6	9,1	7,2	3,1	1,8
Slowakei	3,7	1,5	-0,1	-0,2	1,6	2,2	1,0	1,7	5,3	3,7	0,9	1,5
Slowenien	2,8	1,9	0,4	0,1	-1,8	0,5	2,0	1,8	1,0	2,4	2,3	1,9
Tschechien	3,5	1,4	0,4	0,2	-1,2	-1,1	1,6	2,1	2,3	0,3	2,0	2,3
Ungarn	5,7	1,7	0,0	0,0	-1,6	0,6	0,4	0,9	4,1	2,3	0,5	0,9
<b>EU 28</b>	<b>2,6</b>	<b>1,5</b>	<b>0,6</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,4</b>	<b>0,3</b>	<b>0,8</b>	<b>2,8</b>	<b>1,9</b>	<b>0,9</b>	<b>1,0</b>

1 Preise = Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

2 Arbeitsproduktivität = Reales BIP pro Erwerbstätiger, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

3 Verteilungsspielraum = Summe aus Preis- und Arbeitsproduktivitätsentwicklung.

4 Angaben für 2015: Prognose der Europäischen Kommission.

Quelle: AMECO Datenbank der Europäischen Kommission, Version: 5.5.2015; Berechnungen des WSI.

WSI Mitteilungen

Kaufkraft entscheiden. Dementsprechend bilden die nationalen Verbraucherpreise für die Gewerkschaften die bedeutsamste Orientierungsgröße bei den Tarifauseinandersetzungen.

Im Jahr 2014 stiegen die Verbraucherpreise im EU-Durchschnitt lediglich um 0,6 % und damit deutlich geringer als im Vorjahr mit 1,5 % (Tabelle 2). Für 2015 erwartet die Europäische Kommission eine noch geringere Preissteigerung von gerade noch 0,1 %. In insgesamt sieben

EU-Staaten kam es 2014 sogar zu einem Rückgang der Verbraucherpreise, darunter am stärksten in Griechenland mit -1,4 % und Bulgarien mit -1,6 %. Lediglich in vier europäischen Staaten (Finnland, Großbritannien, Österreich und Rumänien) kletterte die Inflationsrate über die 1 %-Marke. Damit befinden sich sämtliche europäische Länder derzeit deutlich unterhalb der Zielinflation der EZB von 2 % und produzieren damit in Europa insgesamt ein stark deflationäres Umfeld. ►

Die Entwicklung der *Arbeitsproduktivität* verläuft innerhalb Europas nach wie vor sehr langsam. Obwohl die konjunkturelle Entwicklung 2014 wieder etwas an Fahrt gewonnen hat, hat die Produktivität im EU-Durchschnitt lediglich um 0,3 % zugenommen und lag damit sogar noch leicht unterhalb der Zuwachsrates des Vorjahres (0,4 %) (Tabelle 2). Der geringe Produktivitätszuwachs dürfte nicht zuletzt damit zusammenhängen, dass viele der 2014 neu geschaffenen Arbeitsplätze eher in weniger produktiven Bereichen im Niedriglohnssektor entstanden sind. In insgesamt sechs EU-Staaten ging die Produktivität 2014 sogar noch weiter zurück, darunter am stärksten in Kroatien (-3 %) sowie in Italien, Malta, Österreich, Portugal und Zypern mit Werten zwischen -0,4 % und -0,6 %. Die höchsten Produktivitätszuwächse gab es dagegen in Lettland (+3,8 %), Irland (+3 %) und Slowenien (+2 %). Für 2015 prognostiziert die Europäische Kommission für die meisten EU-Länder ein etwas stärkeres Wachstum der Produktivität, das im EU-Durchschnitt bei 0,8 % liegen soll.

Da 2014 sowohl die Preis- als auch die Produktivitätsentwicklung sehr niedrig ausfielen, ergibt sich für das Jahr rechnerisch im EU-Durchschnitt ein *lohnpolitischer Verteilungsspielraum* von lediglich 0,9 % (Tabelle 2). Letzterer hat sich damit gegenüber dem Vorjahr mehr als halbiert. Der größte Verteilungsspielraum existierte mit 4,5 % in Lettland, gefolgt von Irland mit 3,3 %, Rumänien mit 3,1 %, Slowenien mit 2,3 % sowie Tschechien und Großbritannien mit jeweils 2 %. In insgesamt sechs EU-Staaten – darunter den meisten südeuropäischen Ländern – war der rechnerische Verteilungsspielraum aufgrund der schwachen Preis- und Produktivitätsentwicklung sogar negativ. Für das Jahr 2015 ergeben sich aufgrund der Prognosedaten der Europäischen Kommission für die meisten Länder ähnliche Werte. Im EU-Durchschnitt wird der Verteilungsspielraum demnach rechnerisch bei 1 % liegen.

Während hier für die Berechnung des jeweils jahresbezogenen Verteilungsspielraumes auch die jahresbezogene Produktivität verwendet wird, wird für eine gesamtwirtschaftlich ausgerichtete Tarifpolitik in der Regel eine Orientierung an der Trendproduktivität empfohlen, die sich aus der durchschnittlichen Produktivitätsentwicklung mehrerer Jahre ergibt. Eine solche mittelfristige Orientierung hat den Vorteil, dass sie zu einer Verstetigung der Lohnpolitik beitragen kann und prozyklische Effekte vermeidet, die sich z. B. dann ergeben können, wenn eine rückläufige Konjunkturentwicklung durch geringe Lohnzuwächse oder gar Lohnkürzungen weiter verstärkt wird. Legt man z. B. die durchschnittliche Produktivitätsentwicklung der letzten zehn Jahre zugrunde, die bei etwa 0,7 % liegt, und berücksichtigt darüber hinaus die Zielinflationsrate der EZB, die sie auf 2 % ansetzt, um der Gefahr einer deflationären Entwicklung entgegenzutreten, so ergibt sich im EU-Durchschnitt für die Jahre 2014 und 2015 ein Verteilungsspielraum von 2,7 %.

## 2. Die Entwicklung der Tariflöhne

### 2.1 Der EZB-Tariflohnindikator

Die Analyse der Tariflohnentwicklung in Europa steht vor dem grundsätzlichen Problem, dass es bis heute keine offizielle europäische Tariflohnstatistik gibt.<sup>2</sup> Die einzige offizielle Datenquelle auf europäischer Ebene bildet bislang der sogenannte „Indikator der Tarifverdienste“, der von der EZB als aggregierte Größe für die gesamte Euro-Zone berechnet wird (Kanutin 2015). Demnach sind die Tariflöhne im Euroraum im Jahr 2014 nominal durchschnittlich um 1,7 % angestiegen (Abbildung 1). Nach Abzug der geringen Preissteigerungsrate ergibt sich danach für 2014 ein Zuwachs der realen Tariflöhne um 1,3 %.

Seit Beginn der 2000er Jahre zeigt die Entwicklung des EZB-Tariflohnindikators sowohl nominal als auch real eine erstaunliche Konstanz. Während die nominale Tariflohnentwicklung im Wesentlichen zwischen 2 und 2,7 % schwankt, liegt sie real zumeist wenige Zehntel-Prozent oberhalb der Inflationsrate. Eine Ausnahme bildeten lediglich das Jahr 2008, wo es vor dem Hintergrund steigender Preise auch zu einem ungewöhnlich starken nominalen Tariflohnanstieg kam, sowie das Krisenjahr 2009, in dem der Preisanstieg extrem niedrig war und damit erstmals zu einem kräftigen Anstieg der realen Tarifverdienste führte.

Seit der Krise 2009 pendeln die nominalen jährlichen Tariflohnsteigerungen zwischen 1,7 und 2,2 % und sind damit im Durchschnitt etwas schwächer als vor der Krise. Die Entwicklung der realen Tarifverdienste hat sich aufgrund der stark unterschiedlichen Preisentwicklungen ebenfalls stark verändert. Während es in den Jahren 2011 und 2012 aufgrund hoher Inflationsraten bei den Tariflöhnen zu Reallohnverlusten kam, haben in den Folgejahren 2013 und 2014 niedrige Inflationsraten für höhere Reallohnzuwächse gesorgt.

2 Seit einigen Jahren veröffentlicht die Dubliner Stiftung Eurofound regelmäßig Daten über die Entwicklung der „Tariflöhne“ in Europa. Nachdem die Berichte lange Zeit große methodische Mängel aufwiesen, die u.a. darin lagen, dass nicht immer klar zwischen Tarif- und Effektivlohnarten unterschieden wurde, wurde der Bericht seit dem Jahr 2011 erstmals auf eine neue verbesserte Datengrundlage gestellt. Hierbei wird ähnlich wie in dem vorliegenden Bericht auf die wenigen verfügbaren nationalen Datenquellen über Tariflöhne zurückgegriffen (vgl. für den zuletzt veröffentlichten Eurofound-Report: Aumayr-Pintar/Fric 2014). Qualitative Berichte über die Tarifaufinandersetzungen in den einzelnen EU-Staaten finden sich in den laufenden nationalen Beiträgen von Eurofound (<http://www.eurofound.europa.eu/topics/collective-bargaining>) sowie in dem gemeinsam vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut und dem Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies (AIAS) herausgegebenen Collective Bargaining Newsletter (<http://www.etui.org/E-Newsletters/Collective-bargaining-newsletter>).

Die Entwicklung der Tariflöhne in der Eurozone verläuft dabei über die lange Sicht deutlich stetiger als die Entwicklung der Effektivlöhne. Letztere werden definiert als die Löhne, die im statistischen Durchschnitt den Beschäftigten effektiv gezahlt werden – unabhängig davon, ob sie an einen Tarifvertrag gebunden sind. Hierbei lässt sich im Vergleich der Zeitperioden vor und nach der Krise 2009 ein deutlich verändertes Entwicklungsmuster erkennen: Während vor der Krise die Effektivlöhne stets schneller als die Tariflöhne zunahmen und es durchweg zu einer positiven Lohndrift kam, hat sich die Entwicklung nach der Krise umgekehrt. Die Effektivlöhne wachsen nun deutlich langsamer als die Tariflöhne und es kommt zu einer negativen Lohndrift (Abbildung 2; vgl. auch Kanutin 2015). Dies dürfte zum einen darauf zurückzuführen sein, dass angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in vielen europäischen Ländern kaum noch übertarifliche Leistungen gezahlt werden. Zum andern deutet diese Entwicklung darauf hin, dass die Bedeutung der Tarifpolitik insgesamt abgenommen hat. So wurden in vielen europäischen Ländern nicht zuletzt durch die europäische Krisenpolitik Veränderungen in den Tarifvertragssystemen erzwungen, die zu einer Abnahme der Tarifbindung und einer deutlichen Schwächung der Tarifvertragssysteme geführt haben (Schulten/Müller 2014).

Mit Blick auf die Interpretation der Daten ist allerdings hinzuzufügen: Bei dem EZB-Tariflohnindikator handelt es sich um sogenannte „experimentelle Daten“, die durch die Zusammenführung nicht harmonisierter nationaler Datenquellen berechnet werden und deshalb lediglich als Näherungswert an die Wirklichkeit angesehen werden können (Schubert 2012). Bei der Berechnung des EZB-Indikators werden Tariflohnaten aus insgesamt elf Ländern berücksichtigt, die insgesamt 98 % der Euro-Zone abdecken.<sup>3</sup> Allerdings werden von der EZB weder die verwendeten nationalen Daten veröffentlicht, noch werden die zugrunde liegenden nationalen Datenquellen öffentlich preisgegeben, sodass der EZB-Tariflohnindikator insgesamt sehr intransparent und kaum nachprüfbar ist.

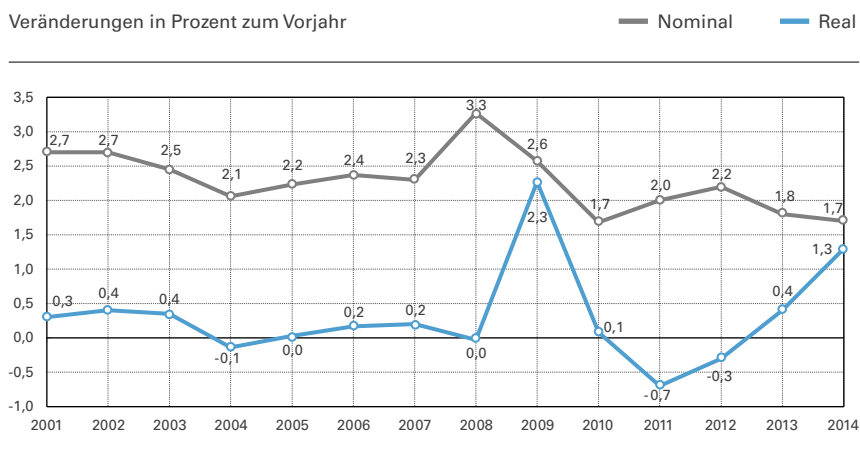
## 2.2 Die Tariflohnentwicklung in Deutschland, Österreich und Spanien

Mangels einer originär europäischen Datenquelle muss bei der Analyse der Tariflohnentwicklung in Europa notgedrungen auf nicht harmonisierte nationale Datensätze zurückgegriffen werden, die in den meisten Fällen entweder von den nationalen Statistikämtern oder von den na-

3 Bei den Ländern, die in dem EZB-Tariflohnindikator berücksichtigt werden, handelt es sich um Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien und Spanien (Kanutin 2015). Für Deutschland werden hierbei die Tariflohnaten der Deutschen Bundesbank benutzt, die gegenüber den im Folgenden in diesem Bericht verwendeten Daten des WSI-Tarifarchives die Tariflohndynamik etwas unterzeichnen. Zu den unterschiedlichen Tariflohnstatistiken in Deutschland vgl. Bispinck/Schulten (2012).

ABB. 1

### Entwicklung der Tariflöhne in der Euro-Zone, 2001 – 2014\*



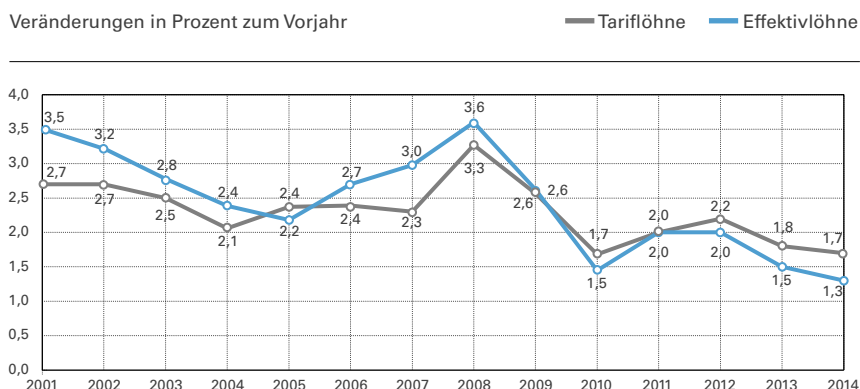
\*Reale Entwicklung deflationiert um den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).

Quelle: Europäische Zentralbank (<http://sdw.ecb.europa.eu/browse.do?node=2120788>); Berechnungen des WSI.

WSI Mitteilungen

ABB. 2

### Entwicklung der Tarif- und Effektivlöhne in der Euro-Zone, 2001 – 2014



Quelle: Europäische Zentralbank (<http://sdw.ecb.europa.eu/browse.do?node=2120788>); Berechnungen des WSI.

WSI Mitteilungen

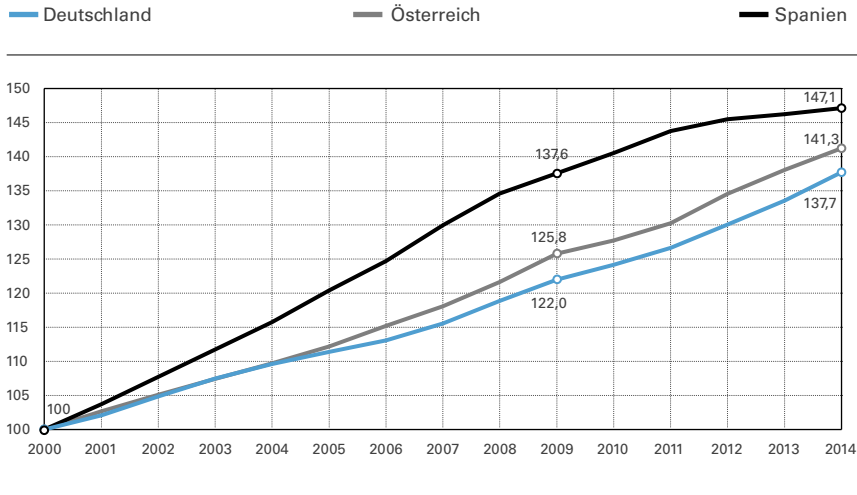
tionalen Arbeitsministerien erhoben werden und nur für eine begrenzte Anzahl von Ländern verfügbar sind.<sup>4</sup> ►

4 Im Rahmen eines von der Europäischen Kommission geförderten internationalen Forschungsprojektes über „Collectively Agreed Wages in Europe“ (CAWIE), an dem das WSI als deutscher Partner und Ko-Koordinator beteiligt war, wurden die nationalen Datenquellen über Tariflöhne im Hinblick auf ihre Vergleichbarkeit und Qualität analysiert und Möglichkeiten zum Aufbau einer europäischen Tariflohnatenbank diskutiert (Van Gyes/Vandekerckhove 2015).

ABB. 3

### Entwicklung der nominalen Tariflöhne in Deutschland, Österreich und Spanien, 2000 – 2014

2000 = 100



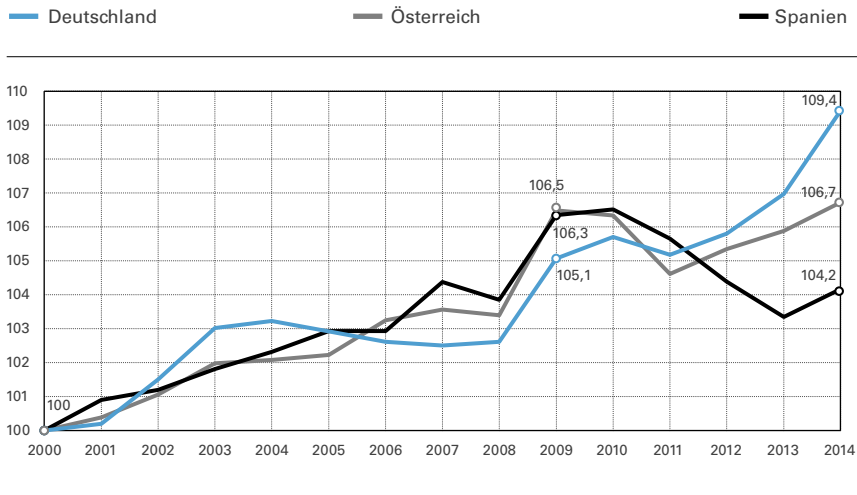
Quelle: Deutschland: WSI-Tarifarchiv; Österreich: Statistik Austria; Spanien: Spanisches Arbeitsministerium; Berechnungen des WSI.

WSI Mitteilungen

ABB. 4

### Entwicklung der realen Tariflöhne in Deutschland, Österreich und Spanien\*, 2000 – 2014

2000 = 100



Quelle: \*Nominal Tariflöhne deflationiert um den nationalen HVPI. Deutschland: WSI-Tarifarchiv; Österreich: Statistik Austria; Spanien: Spanisches Arbeitsministerium; Berechnungen des WSI.

WSI Mitteilungen

Im Folgenden soll schwerpunktmäßig auf die Tariflohnentwicklung in Deutschland, Österreich und Spanien eingegangen werden. Für diese Länder stehen umfangreiche nationale Tariflohn Datenbanken zur Verfügung.<sup>5</sup> Im Jahr 2014 stiegen die nominalen Tariflöhne in Deutschland mit 3,1 % so stark wie seit Langem nicht mehr (Bispinck 2015).

Im gleichen Jahr wuchsen die Tariflöhne in Österreich um 2,3 % und in Spanien lediglich um 0,6 %. Bereinigt um die Entwicklung der Verbraucherpreise gab es in Deutschland ein Reallohnplus bei den Tariflöhnen von 2,3 % gegenüber 0,8 % in Österreich und Spanien.

Bei einer längerfristigen Betrachtung für den Zeitraum 2000 – 2014 zeigt sich jedoch, dass sich die Tariflöhne nominell in Deutschland und Österreich relativ gleichförmig entwickelt haben (mit leichten Vorteilen für Österreich), was durch die besonders enge wirtschaftliche Verflechtung beider Länder begünstigt sein dürfte. In Spanien verläuft die nominale Tariflohnentwicklung bis zur Krise 2009 hingegen deutlich dynamischer, während sie seit der Krise stark abflacht und deutlich hinter der Entwicklung in Deutschland und Österreich zurückbleibt (Abbildung 3). Hinter der unterschiedlichen Tariflohndynamik steht in erster Linie eine unterschiedliche Preisentwicklung. Nach Abzug der Inflationsrate liegt die reale Tariflohnentwicklung in allen drei Ländern relativ eng beieinander. Dies gilt insbesondere für den Zeitraum 2000 bis 2009, wo die realen Tariflöhne in Österreich und Spanien um jeweils etwa 6 % und in Deutschland um 5 % angestiegen sind (Abbildung 4). Seit 2009 haben sich die Tariflöhne jedoch auch real zwischen den drei Ländern deutlich auseinanderentwickelt. Während Deutschland bei den Tariflöhnen ein vergleichsweise hohes Reallohnplus erzielen konnte, hat Österreich nach einem zeitweiligen Reallohnrückgang erst 2014 das Reallohniveau des Jahres 2009 erreicht. In Spanien wiederum kam es zu einem deutlichen Reallohnrückgang, der erst 2014 durch die negative Preisentwicklung gestoppt werden konnte.

## 3. Die Entwicklung der Effektivlöhne

Bei der Analyse der Effektivlöhne wird im Folgenden erneut auf die AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission zurückgegriffen, deren Ursprungsdaten aus den nationalen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stammen.<sup>6</sup>

5 Für Deutschland wird hier auf die Daten des WSI-Tarifarchivs zurückgegriffen ([http://www.boeckler.de/index\\_wsi\\_tarifarchiv.htm](http://www.boeckler.de/index_wsi_tarifarchiv.htm)), für Österreich auf den Tariflohnindex von Statistik Austria ([http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/soziales/tariflohnindex/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/tariflohnindex/index.html)) und für Spanien auf die Tarifvertragsdatenbank des spanischen Arbeitsministeriums (<http://www.empleo.gob.es/estadisticas/cct/welcome.htm>).

6 Streng genommen werden in der AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission keine „Löhne“, sondern „Arbeitnehmerentgelte“ (definiert als Bruttolöhne plus Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung) ausgewiesen. Der hier im Folgenden verwendete weite Lohnbegriff umfasst demnach die gesamten Arbeitskosten.

TABELLE 3

## Lohnentwicklung und Verteilungsbilanz in der Europäischen Union, 2012–2015

Angaben in Prozent

	Nominallöhne <sup>1</sup>				Reallöhne <sup>2</sup>				Verteilungsbilanz <sup>3</sup>			
	2012	2013	2014	2015 <sup>4</sup>	2012	2013	2014	2015 <sup>4</sup>	2012	2013	2014	2015 <sup>4</sup>
<b>Nordeuropa</b>												
Dänemark	1,5	1,3	1,8	2,0	-0,9	0,8	1,4	1,3	-0,5	1,3	1,0	0,3
Finnland	2,8	2,0	1,4	1,0	-0,4	-0,2	0,1	0,8	1,9	-0,4	-0,1	0,6
Schweden	3,1	1,6	2,3	2,3	2,1	1,2	2,1	1,6	3,1	0,9	1,3	0,3
<b>Westeuropa</b>												
Belgien	3,4	2,6	0,8	0,5	0,7	1,4	0,2	0,1	0,9	0,8	-0,4	-0,5
Deutschland	2,5	1,9	2,5	3,0	0,4	0,3	1,8	2,7	1,1	0,8	1,0	1,6
Frankreich	2,3	1,6	1,2	0,5	0,0	0,6	0,6	0,5	-0,4	0,1	0,4	-0,1
Großbritannien	1,9	1,9	1,5	2,4	-0,9	-0,7	0,0	1,9	-0,5	-1,2	-0,5	0,6
Irland	0,8	2,0	3,8	3,2	-1,2	1,5	3,5	2,8	-1,5	3,6	0,5	0,8
Luxemburg	1,5	3,6	2,3	1,7	-1,4	1,9	1,6	0,9	1,2	1,9	0,9	0,0
Niederlande	2,6	2,3	1,2	0,7	-0,3	-0,3	0,9	0,6	0,8	-0,9	-0,2	-0,1
Österreich	2,6	2,1	1,8	1,5	0,0	0,0	0,3	0,7	0,5	0,5	0,9	0,5
<b>Südeuropa</b>												
Griechenland	-2,0	-7,1	-1,6	0,1	-3,0	-6,2	-0,2	1,6	-4,4	-6,2	-0,2	1,6
Italien	0,4	0,9	0,6	0,5	-2,9	-0,4	0,4	0,2	-1,5	-0,5	1,0	0,2
Malta	4,5	-0,4	0,9	2,0	1,2	-1,4	0,1	0,6	1,0	0,1	0,7	-0,5
Portugal	-3,1	3,8	-1,4	0,5	-5,9	3,4	-1,2	0,3	-6,0	2,1	-0,7	-0,7
Spanien	-0,6	1,7	-0,2	0,3	-3,0	0,1	0,0	0,9	-5,5	-2,0	-0,3	0,8
Zypern	-0,8	-6,0	-4,7	-0,3	-3,9	-6,4	-4,4	0,5	-5,8	-6,3	-4,0	0,6
<b>Osteuropa</b>												
Bulgarien	7,7	8,8	1,5	1,8	5,4	8,4	3,1	2,3	2,3	6,9	1,8	1,5
Estland	6,5	7,2	7,8	5,1	2,3	4,0	7,3	4,9	-0,7	3,6	6,0	3,3
Kroatien	0,2	1,1	-5,3	-1,4	-3,2	-1,2	-5,5	-1,5	-4,6	-2,9	-2,5	-1,9
Lettland	6,1	9,4	8,7	5,2	3,8	9,3	8,0	4,4	0,5	7,5	4,2	2,4
Litauen	4,2	5,0	4,4	4,6	1,1	3,8	4,1	5,0	-0,9	1,9	3,2	3,4
Polen	3,5	2,6	-0,3	2,0	-0,2	1,8	-0,4	2,5	-1,8	-0,1	-2,1	0,0
Rumänien	9,4	2,7	2,0	2,5	6,0	-0,5	0,6	2,2	0,3	-4,6	-1,1	0,7
Slowakei	2,6	2,6	3,4	2,4	-1,2	1,1	3,5	2,6	-2,7	-1,1	2,5	0,9
Slowenien	-1,2	1,9	-0,2	1,6	-4,0	-0,1	-0,6	1,6	-2,2	-0,5	-2,5	-0,2
Tschechien	1,4	-0,6	3,0	3,1	-2,2	-2,0	2,5	2,9	-1,0	-0,9	1,0	0,8
Ungarn	1,8	1,5	3,2	4,9	-3,9	-0,2	3,1	4,9	-2,3	-0,8	2,7	4,0
<b>EU 28</b>	<b>2,0</b>	<b>1,7</b>	<b>1,2</b>	<b>1,6</b>	<b>-0,6</b>	<b>0,2</b>	<b>0,6</b>	<b>1,5</b>	<b>-0,8</b>	<b>-0,2</b>	<b>0,3</b>	<b>0,6</b>

1 Nominallöhne = Nominale Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

2 Reallöhne = Nominale Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer deflationiert um die Entwicklung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

3 Verteilungsbilanz = Saldo des jährlichen Nominallohnzuwachses und des Verteilungsspielraums (vgl. Tabelle 2) in Prozentpunkten.

4 Angaben für 2015: Prognose der Europäischen Kommission.

Quelle: AMECO Datenbank der Europäischen Kommission, Version: 5.5.2015; Berechnungen des WSI.

WSI Mitteilungen

Im Jahr 2014 stiegen danach die *effektiven Nominallöhne* im EU-Durchschnitt um 1,2%. Gegenüber 2,0% im Jahr 2012 und 1,7% im Jahr 2013 zeigt die Nominallohnentwicklung damit eine rückläufige Tendenz. Für 2015 prognostizierte die Europäische Kommission wieder einen leicht höheren Nominallohnzuwachs von 1,6% (Tabelle 3).

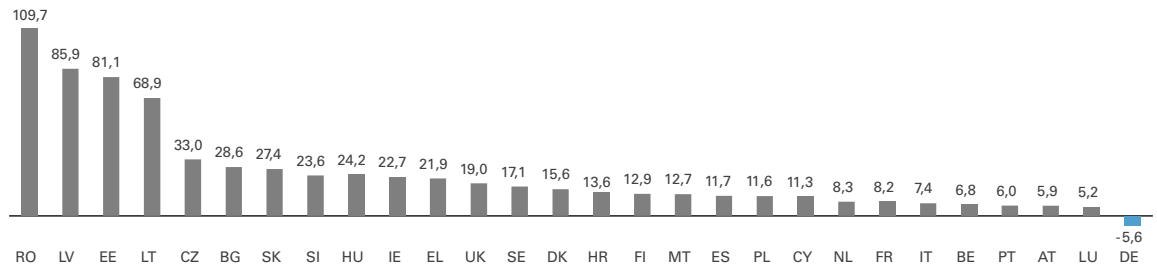
Hinter den EU-Durchschnittsdaten verbergen sich allerdings erhebliche nationale Unterschiede. In insgesamt sieben EU-Staaten lagen die Nominallohnzuwächse im

Jahr 2014 bei 3% und mehr. Darunter befanden sich mit Ausnahme von Irland ausschließlich Staaten aus Osteuropa. Den höchsten Nominallohnanstieg gab es mit 8,7% in Lettland, gefolgt von 7,8% in Estland und 4,4% in Litauen. In den nord- und westeuropäischen Ländern lagen die Nominallohnzuwächse hingegen zwischen 0,8% in Belgien und 2,5% in Deutschland. Schließlich gab es 2014 auch insgesamt sieben europäische Länder, in denen die Beschäftigten mit Nominallohnverlusten konfrontiert ►

ABB. 5

## Entwicklung der Reallöhne in der Europäischen Union, 2001 – 2009

Angaben in Prozent\*



AT = Österreich, BE = Belgien, BG = Bulgarien, CY = Zypern, CZ = Tschechische Republik, DE = Deutschland, DK = Dänemark, EE = Estland, EL = Griechenland, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, HR = Kroatien, HU = Ungarn, IE = Irland, IT = Italien, LT = Litauen, LU = Luxemburg, LV = Lettland, MT = Malta, NL = Niederlande, PL = Polen, PT = Portugal, RO = Rumänien, SE = Schweden, SI = Slowenien, SK = Slowakei, UK = Großbritannien

\*Nominallöhne deflationiert um den nationalen Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).  
Quelle: Ameco-Datenbank; Berechnungen des WSI.

WSI Mitteilungen

waren. Am stärksten gingen die Nominallöhne mit  $-5,3\%$  in Kroatien und  $-4,7\%$  in Zypern zurück. Auch in den südeuropäischen Staaten Griechenland, Spanien und Portugal sowie in Polen und Slowenien kam es 2014 zu Nominallohnrückgängen.

Für das Jahr 2015 erwartet die Europäische Kommission insgesamt eine leicht dynamischere Lohnentwicklung. Nominallohnrückgänge werden lediglich noch für Kroatien und Zypern prognostiziert. In den übrigen Ländern schwanken die Nominallohnzuwächse zwischen einem minimalen Anstieg von  $0,1\%$  in Griechenland und  $5,2\%$  in Lettland, wobei der vorhergesagte Lohnanstieg in Osteuropa erneut deutlich stärker als im Rest der EU ausfällt. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die vergleichsweise hohen Lohnsteigerungen in vielen Ländern Osteuropas auch auf Basiseffekten beruhen, die auf der Grundlage eines insgesamt immer noch sehr niedrigen Lohnniveaus zustande kommen.

Vor dem Hintergrund sehr niedriger Inflationsraten stiegen die *effektiven Reallöhne* im EU-Durchschnitt trotz abnehmender Nominallohndynamik mit  $0,6\%$  2014 stärker als in den Vorjahren (Tabelle 3). Angesichts einer noch schwächeren Preisentwicklung prognostiziert die Europäische Kommission für das Jahr 2015 sogar einen Reallohnzuwachs von  $1,5\%$ . Die größten Reallohnsteigerungen gab es 2014 mit Zuwachsraten zwischen  $4$  und  $8\%$  in den baltischen Staaten. Außerhalb von Osteuropa konnten sich vor allem die Beschäftigten in Irland mit einem Plus von  $3,5\%$  über hohe Reallohnzuwächse freuen. In den übrigen nord- und westeuropäischen Ländern lagen die Reallohnzuwächse jedoch in zehn Staaten unterhalb von  $2\%$  und davon in sechs Staaten sogar unterhalb von  $1\%$ . In sechs Staaten – darunter den drei südeuropäischen Ländern Griechenland, Portugal und Zypern sowie den osteuropäischen Ländern Kroatien, Polen und Slowenien – kam es 2014 nach wie vor

zu einem Rückgang der Reallöhne. Allerdings ist die Anzahl der Länder mit Reallohnverlusten gegenüber zwölf im Jahr 2013 und 17 im Jahr 2012 deutlich zurückgegangen, was in erster Linie an den niedrigen Preissteigerungsraten liegen dürfte.

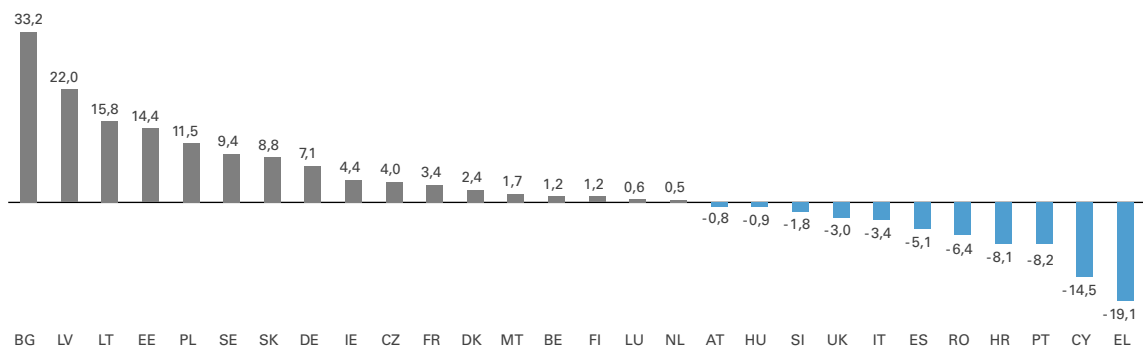
Angesichts einer äußerst schwachen Preis- und Produktivitätsentwicklung ist es nicht weiter verwunderlich, dass die *Verteilungsbilanz*, die sich aus dem Saldo aus Nominallohnentwicklung und dem Verteilungsspielraum ergibt, 2014 in vielen europäischen Ländern wieder positiv ist. Im EU-Durchschnitt lagen die Nominallohnzuwächse um  $0,3$  Prozentpunkte oberhalb des rechnerischen Verteilungsspielraumes. In den beiden Vorjahren war die EU-weite Verteilungsbilanz mit  $-0,2$  Prozentpunkten 2013 und  $-0,8$  Prozentpunkten 2012 noch negativ. Für 2015 erwartet die Europäische Kommission, dass die Verteilungsbilanz mit  $+0,6$  Prozentpunkten weiterhin positiv ausfällt.

2014 konnten insgesamt 16 EU-Staaten den lohnpolitischen Verteilungsspielraum ausschöpfen. In zwölf Ländern blieb die Nominallohnentwicklung hingegen hinter der Preis- und Produktivitätsentwicklung zurück. Nach den Prognosedaten der Europäischen Kommission werden im Jahr 2015 hingegen lediglich noch sieben Länder eine negative Verteilungsbilanz aufweisen. Die positive Verteilungsbilanz in der Mehrzahl der EU-Staaten ergibt sich jedoch nicht aus einer besonders expansiven Lohnpolitik, sondern ist vielmehr das Ergebnis eines deflationären Umfeldes, in dem die niedrigen Inflationsraten rechnerisch zu sehr geringen Verteilungsspielräumen führen. Würde man stattdessen den Verteilungsspielraum zugrunde legen, der sich aus der mittelfristigen Trendproduktivität und der EZB-Zielinflationsrate ergibt, so wäre die Verteilungsbilanz nach wie vor in fast allen EU-Staaten negativ.

ABB. 6

## Entwicklung der Reallöhne in der Europäischen Union, 2010 – 2015

Angaben in Prozent\*



AT = Österreich, BE = Belgien, BG = Bulgarien, CY = Zypern, CZ = Tschechische Republik, DE = Deutschland, DK = Dänemark, EE = Estland, EL = Griechenland, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, HR = Kroatien, HU = Ungarn, IE = Irland, IT = Italien, LT = Litauen, LU = Luxemburg, LV = Lettland, MT = Malta, NL = Niederlande, PL = Polen, PT = Portugal, RO = Rumänien, SE = Schweden, SI = Slowenien, SK = Slowakei, UK = Großbritannien

\*Nominallöhne deflationiert um den nationalen Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).

Daten für 2015: Prognose der Europäischen Kommission.

Quelle: Ameco-Datenbank; Berechnungen des WSI.

WSI Mitteilungen

## 4. Ausblick: Lohnpolitik unter Wettbewerbsdruck und Deflationsgefahren

Die Lohnentwicklung der Jahre 2014 und 2015 zeigt im Vergleich zu den Vorjahren erstmals wieder einen etwas positiveren Trend. Dies liegt jedoch weniger an einer besonders expansiven Lohnpolitik als vielmehr an sehr niedrigen Inflationsraten, die in vielen Ländern stärkere Reallohnzuwächse möglich gemacht haben. Die niedrige Preisentwicklung ist zum einen durch die relativ niedrigen Energiepreise bedingt. Darüber hinaus ist sie in vielen Ländern aber auch das Ergebnis einer strikten Austeritätspolitik, die zu einem Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und damit zu einer Stagnation oder sogar einem Rückgang der Preise geführt hat (OFCE et al. 2014). Auch die Entwicklung der Löhne, die seit der Weltwirtschaftskrise 2009ff. in vielen europäischen Ländern mit anhaltenden Reallohnverlusten verbunden ist, hat zu dieser deflationären Entwicklung beigetragen.

Bis zum Ausbruch der Krise war die Lohnentwicklung in Europa durch mehr oder weniger hohe Reallohnzuwächse geprägt (Abbildung 5). Von 2001 bis 2009 zeigten insbesondere die osteuropäischen Länder sehr hohe Reallohnsteigerungen und unterstrichen damit ihren ökonomischen Aufholprozess gegenüber den übrigen EU-Staaten. Außerhalb Osteuropas kam es in so unterschiedlichen Staaten wie Irland, Großbritannien, Griechenland sowie den nordeuropäischen Ländern Dänemark und Schweden zu relativ hohen Reallohnsteigerungen. Zu der Gruppe mit vergleichsweise niedrigen Reallohnzuwächsen gehörten dagegen vor allem die deutschen Nachbarstaaten Frank-

reich, Niederlande, Belgien, Luxemburg und Österreich, aber auch die heute im Krisenfokus stehenden südeuropäischen Staaten Italien und Portugal. Eine absolute lohnpolitische Sonderrolle wurde schließlich von Deutschland eingenommen, das während der 2000er Jahre als einziges Land in Europa erhebliche Reallohnrückgänge zu verzeichnen hatte.

Seit dem Jahr 2010 zeigt die Lohnentwicklung in Europa ein vollkommen neues Muster, in dem stagnierende Reallohnverluste zum dominierenden Trend werden. Unter Einbeziehung der Prognosedaten der Europäischen Kommission ist die Reallohnentwicklung im Zeitraum 2010 bis 2015 in elf EU-Staaten rückläufig (Abbildung 6). Besonders extrem sind die Reallohnverluste mit 19% in Griechenland, gefolgt von Zypern mit 15% und Kroatien und Portugal mit jeweils 8%. Hohe Reallohnrückgänge mit Werten zwischen 3 und 6,5% verzeichnen darüber hinaus auch Rumänien, Spanien, Italien und Großbritannien. In weiteren neun EU-Staaten lagen die Reallohnzuwächse in dem Sechs-Jahres-Zeitraum unterhalb von 5% und damit deutlich unterhalb von 1% pro Jahr. Lediglich acht EU-Staaten konnten seit 2010 höhere Reallohnzuwächse aufweisen, darunter neben einigen osteuropäischen Staaten vor allem Schweden und Deutschland.

Das durch Reallohnstagnation und Reallohnverluste geprägte neue lohnpolitische Entwicklungsmuster in Europa ist nicht nur Ausdruck einer durch die Wirtschaftskrise und hohe Arbeitslosigkeit strukturell geschwächten Verhandlungsposition der Gewerkschaften, sondern auch das Ergebnis eines neuen lohnpolitischen Interventionismus auf europäischer und nationaler Ebene (Schulten/Müller 2014; Van Gyes/Schulten 2015). So hat sich im Zuge der Krise ►

innerhalb der EU ein neues System der *Economic Governance* herausgebildet, das auf eine festere Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik zielt. Im Rahmen des sogenannten „Europäischen Semester“, das einen jährlich wiederkehrenden wirtschaftspolitischen Koordinierungszyklus darstellt, werden u. a. regelmäßig die Lohnentwicklungen in allen EU-Staaten überprüft und Empfehlungen für die nationale Lohnpolitik ausgesprochen. Letztere beziehen sich nicht nur auf die Höhe einer „angemessenen“ Entwicklung der Löhne und Lohnstückkosten, sondern auch auf eine „nach unten gerichtete Flexibilität“ der Tarifvertragssysteme. Am weitesten ausgeprägt ist diese Entwicklung derzeit in Ländern wie z. B. Griechenland, Portugal oder Irland, die unter dem direkten Einfluss der „Troika“ aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfond (IWF) standen bzw. immer noch stehen.

Die Logik des neuen lohnpolitischen Interventionismus gründet auf der These, dass die derzeitige Krise in Europa vor allem in einer umfassenden Wettbewerbsschwäche vieler europäischer Staaten begründet liegt, die nur durch „strukturelle Reformen“ und eine damit verbundene Senkung von Arbeits- und Produktionskosten zu überwinden sei. Als Vorbild wird hierbei nicht selten Deutschland angesehen, dessen restriktive Lohnentwicklung in den 2000er Jahre zum Kern des erfolgreichen deutschen Exportmodells erklärt wird. Dementsprechend steht die Lohnpolitik in vielen europäischen Ländern im Zentrum der wirtschaftspolitischen Reformbemühungen.

Allerdings ist diese in Europa vorherrschende Sicht auf die Lohnpolitik als Instrument zur Steigerung der Wettbewerbspolitik gleich aus mehreren Gründen problematisch (vgl. Müller et al. 2015): Zunächst wird die Bedeutung der Lohnpolitik für die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft deutlich überschätzt. Viel wichtiger sind dagegen „nicht-preisliche“ Wettbewerbsfaktoren wie z. B. die jeweils nationale Wirtschafts- und Industriestruktur, die Qualität und Originalität von Waren und Dienstleistungen usw. Gerade für Deutschland lässt sich zeigen, dass nicht in erster Linie niedrige Löhne, sondern gerade die nicht-preislichen Wettbewerbsfaktoren für den Erfolg der deutschen Exportindustrie maßgeblich sind (Schulten 2015).

Darüber hinaus wird in dieser Sichtweise vollkommen ignoriert, dass schon aus Gründen der Logik nicht alle europäischen Länder gleichzeitig Exportüberschüsse erwirtschaften und damit ein exportgetriebenes Wirtschaftsmodell entwickeln können. Entgegen der vorherrschenden Wettbewerbsfixierung ist im Gegenteil die Binnenwirtschaft in allen europäischen Ländern nach wie vor der wichtigste Wirtschaftsfaktor (Feigl/Zuckerstätter 2012). Umso problematischer ist schließlich, dass vielfach die Rolle der Löhne als wichtigste Einkommensquelle für die Beschäftigten und damit wichtigste Komponente der privaten Konsumnachfrage ignoriert wird. Dies ist umso erstaunlicher, da die Lohnentwicklung in Europa seit der Krise 2009ff. mehr als deutlich gemacht hat, wie sinkende (Real-)Löhne unmittelbar zu sinkender Nachfrage und in der Konsequenz zu sinkenden Preisen beigetragen haben, sodass heute allenthalben in Europa über die Gefahr einer großen Deflationskrise diskutiert wird (OFCE et al. 2014).

Vor diesem Hintergrund ist eine grundlegend andere Sichtweise auf die Lohnpolitik in Europa notwendig, die die Bedeutung von Löhnen und Einkommen für die Entwicklung eines stärker nachfragegetriebenen und inklusiven Wirtschaftsmodells in den Mittelpunkt rückt (Van Gyes/Schulten 2015). Die Lohnentwicklung der Jahre 2014 und 2015 steht hier zwar noch lange nicht für eine Trendwende, sie zeigt aber vorsichtige Anzeichen einer dynamischeren Entwicklung, die nicht zuletzt auch durch stärkere Lohnzuwächse in Deutschland angetrieben wird. ■

## LITERATUR

- Aumayr-Pintar, C./Fric, K.** (2014): Developments in collectively agreed pay 2013, Eurofound, Dublin, <http://www.eurofound.europa.eu/observatories/eur-work/comparative-information/developments-in-collectively-agreed-pay-2013>
- Bispinck, R.** (2015): Tarifpolitischer Jahresbericht 2014: zwischen Mindestlohn und Tarifeinheit, in: WSI-Mitteilungen 68 (2), S. 125-132, [http://www.boeckler.de/wsi-mitteilungen\\_53168\\_53176.htm](http://www.boeckler.de/wsi-mitteilungen_53168_53176.htm)
- Bispinck, R./Schulten, T.** (2012): Collectively agreed wages in Germany, country-study for the CAWIE-Project, Leuven
- Europäische Kommission** (2015): European Economic Forecast – Spring 2015, European Economy 2/2015, [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/european\\_economy/2015/pdf/ee2\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2015/pdf/ee2_en.pdf)
- Feigl, G./Zuckerstätter, S.** (2012): Wettbewerbs(des)orientierung. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft der Arbeiterkammer (117), Wien
- Horn, G./Gechert, S./Herzog-Stein, A./Hohlfeld, P./Lindner, F./Rannenber, A./Stephan, S./Tober, S./Theobald, T.** (2015): Im Aufschwung. Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2015/2016, IMK-Report (104), April, Düsseldorf
- Kanutin, A.** (2015): The ECB's experimental indicator of negotiated wages. Paper presented at the ISTAT workshop on labour costs, Rome 5-6 May, [http://www.istat.it/en/files/2015/04/Item-5.2-Negotiated-wage-rate-indicator\\_ECB.pdf](http://www.istat.it/en/files/2015/04/Item-5.2-Negotiated-wage-rate-indicator_ECB.pdf)
- Müller, T./Schulten, T./Zuckerstätter, S.** (2015): Wages and economic performance in Europe, in: Van Gyes, G./Schulten, T. (Hrsg.): Coordinating for inclusive growth: Alternative views and perspectives on collectively-agreed wages in the European economic governance: ETUI, Brüssel (im Erscheinen)
- OFCE/ELCM/IMK/AK Wien/IDDRI/Cambridge Econometrics** (2014): Independent Annual Growth Survey, third report, Brussels, [http://www.iags-project.org/documents/iags\\_report2015.pdf](http://www.iags-project.org/documents/iags_report2015.pdf)
- Schubert, A.** (2012): Experimental data as part of the ECB's statistical production and dissemination policy, Papier präsentiert auf der European Conference on Quality in Official Statistics, 29. Mai, 1. Juni in Athen, <http://www.q2012.gr/articlefiles/sessions/26.2-Experimental-statisticsECB-Aurel-Schubert.pdf>
- Schulten, T.** (2015): Exportorientierung und ökonomische Ungleichgewichte in Europa. Welche Rolle spielt die deutsche Lohnentwicklung?, in: Sozialismus 42 (4), S. 42-46
- Schulten, T./Müller, T.** (2014): Ein neuer europäischer Interventionismus? Die Auswirkungen des neuen Systems der europäischen Economic Governance auf Löhne und Tarifpolitik, in: Lehndorff, S. (Hrsg.): Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited, Hamburg, S. 273-301
- Van Gyes, G./Schulten, T.** (Hrsg.) (2015): Coordinating for inclusive growth: Alternative views and perspectives on collectively-agreed wages in the European economic governance: ETUI, Brüssel (im Erscheinen)
- Van Gyes, G./Vandekerckhove, S.** (2015): Indicators of collectively agreed wages in the euro zone: A quality report, in: Van Gyes, G./Schulten, T. (Hrsg.): Coordinating for inclusive growth: Alternative views and perspectives on collectively-agreed wages in the European economic governance: ETUI, Brüssel (im Erscheinen)

## AUTOR

**THORSTEN SCHULTEN**, Dr., ist Wissenschaftler im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und Tarifpolitik in Europa.

@ thorsten-schulten@boeckler.de